

Systemtransformation als Rationalisierung am Beispiel Ostdeutschlands*

I

Der Zusammenbruch der etatistischen Organisationsgesellschaft der DDR fällt, so stellte Konrad Schacht kürzlich fest, „in eine Zeit, in der in den östlichen Ländern Europas die Hoffnungen in einen konservativen marktwirtschaftlichen Modernisierungskurs gesetzt werden, während in den westlichen Demokratien sich eher eine Entwicklung zugunsten eines sozialstaatlich und ökologisch disziplinierten Kapitalismus abzeichnet, nachdem auch hier jahrelang mit radikalen marktwirtschaftlichen Modellen experimentiert wurde (vor allem in den USA und England).“¹ In den westeuropäischen Staaten gewinnen das Interesse an Problemen der Ökologie, der gesellschaftlichen Partizipation, der personalen Identität, des gesellschaftlichen Friedens und der individuellen Selbstbestimmung gegenüber Fragen des wirtschaftlichen Wachstums, der Einkommensverteilung, der sozialen Sicherung und der rechtlich-politischen Ordnung immer mehr an Bedeutung.² Diesem unter dem Stichwort Postmaterialismus beschriebenen Wertewandel³ entspreche ein in der Bundesrepublik seit etwa Mitte der siebziger Jahre zu beobachtender Rückgang der Konzentration auf die großen Volksparteien. Alternative Milieus, neue Bildungsklassen, die Ökologiebewegung und andere postmaterialistisch orientierte Gruppierungen hätten ihren Einfluß auf die Gesamtgesellschaft erhöhen können. An die Stelle der einfachen Modernisierung trete mehr und mehr eine Form der reflexiven Modernisierung, in deren Folge sich die Konturen der dem 19. Jh. verpflichteten Industriegesellschaft zunehmend auflösten. Das ist die These von Ulrich Beck.⁴

Die Befürchtung, die angesichts der deutsch-deutschen Vereinigung bei den westdeutschen Reflexionseliten aufkommt, besteht darin, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Ostens zu einem gesamtgesellschaftlichen Abbau partizipatorischer Demokratieformen, föderalistischer Strukturen und zentrifugaler Tendenzen führen werden und im Westen bereits erreichte Erfolge reflexiver Modernisierung wieder zunichte gemacht werden.⁵ Sollte diese Befürchtung berechtigt sein, hieße das, daß sich in Deutschland die Partizipationsforderungen und Autonomiebestrebungen der eher linksalternativ eingestellten Reflexionseliten Westdeutschlands und die Modernisierungs- und Aufschwungsinteressen der Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung gegenüberstehen und zwischen den Vertretern einer reflexiven Modernisierung und denen einer konservativen Modernisierung ein tiefer Gegensatz besteht.

Dieser Konflikt ist nicht neu. Er begleitet die bundesdeutsche Geschichte, seitdem die problematischen Folgen einer ungebremsen Modernisierung offenbar geworden sind, also spätestens seit den siebziger Jahren. Seit dieser Zeit kam es zu einer Polarisierung zwischen Liberalkonservativen und programmorientierten Erneuerern. Die Positionen beider lassen sich als zwei unterschiedliche Reaktionsweisen auf die gemeinsame Erfahrung der Störanfälligkeit immer komplexer werdender gesellschaftlicher Interdependenzzusammenhänge und den dadurch bedingten Verlust eines ungebrochenen Fortschrittsoptimismus interpretieren. Während jedoch die Liberalkonservativen die freiheitsgefährdenden Folgen der Freiheit, die Probleme der Naturzerstörung, des Rüstungswettlaufs, der Wirtschaftsungerechtigkeit nur durch eine Weiterführung der Modernisierung für rational bearbeitbar halten,⁶ suchen die programmorientierten Erneuerer nach Wegen in eine andere Moderne, denn nach ihrer Auffassung zerstöre die Industriegesellschaft, die einfach weiter macht, sich selbst.⁷ Treten die einen für einen reformierten Modernisierungskurs ein und sehen sie in der weitergehenden Modernisierung der Gesellschaft die Bedingung für die Bewahrung von Demokratie, Freiheit, Konsum, Wohlfahrt und Selbstverwirklichung, so bemerken die anderen die autonomiebeeinträchtigenden Konsequenzen des wirtschaftlichen Fortschritts und fordern daher dazu auf, im Interesse der Selbstbestimmungsmöglichkeiten des Individuums das Tempo des Wachstums zu drosseln und die Modernisierungsbestrebungen zu begrenzen.

Genau dieser Konflikt zwischen weitergehender Modernisierung und reflexiver Modernisierung stellte eine der Generaldebatten des letzten Soziologentages in Frankfurt am Main dar. Der Zusammenbruch des Stalinismus in den osteuropäischen Staaten, mit dem zum Zeitpunkt der inhaltlichen Konzipierung des Soziologentages noch niemand rechnen konnte, die Hinwendung des Ostens zum westlichen Modell, der Anschluß der DDR an die Bundesrepublik und die damit verbundene Hoffnung auf ein dem Westen entsprechendes Wirtschaftswachstum bedeuteten eine eindrucksvolle Bestätigung der liberalkonservativen Linie. Aber nicht nur die postmaterialistischen Reflexionseliten, sondern auch die liberalkonservativen Sozialtechnologen sehen der Zukunft des geeinten Deutschland eher besorgt entgegen. Ihre Sorge gilt nicht so sehr der Frage, wie dem sich unaufhaltsam ausbreitenden Imperialismus von Wissenschaft, Technik und Industrie wirksam zu begegnen ist, als dem Problem, wie sich der wissenschaftliche, technische und industrielle Aufschwung im Osten vorantreiben und finanzieren läßt. Der Osten werde noch auf lange Zeit vom Westen abhängig bleiben. Doch der Westen sei überfordert, wenn er für den Wohlstand in Ostdeutschland und vielleicht sogar in ganz Osteuropa bis hin zur Sowjetunion sorgen müsse. Der Osten müsse selber auf die Beine kommen und aufhören, die Lösung seiner Probleme vom Westen zu erwarten. Jetzt sei Leistung und Leistungswille gefragt. Hinter dieser Aufforderung

steht ein bestimmtes Bild vom Osten, und in der Beurteilung des Ostens treffen sich die Liberalkonservativen mit ihren Kritikern wieder: Im Osten gebe es nur ausgeprägte Konsumtionsinteressen, aber weder ein entwickeltes Reflexions- noch ein entwickeltes Rationalitätspotential. Die Masse der ostdeutschen Bevölkerung sei politisch stumpf und wirtschaftlich lahm. Eigeninitiative, sei es im politisch-kommunalen oder im beruflichen Bereich, habe der DDR-Bürger nicht gelernt.⁸

Doch wie berechtigt ist das Bild, das man sich im Westen vom Osten macht? Zunächst ist schon viel gewonnen, wenn man sieht, daß es sich bei den etatistischen Organisationsgesellschaften des Ostens – das gilt zumindest für die DDR, die CSSR und Ungarn – nicht einfach nur um ineffizientere Wirtschaftssysteme handelte, sondern um Systeme, in denen die immer wieder forcierte Modernisierung aus systemspezifischen Gründen blockiert war. Es reicht nicht aus, lediglich zu konstatieren, daß die Zeit im Osten langsamer lief. Es hängt sehr viel davon ab zu erkennen, warum sie langsamer lief. Der hier vorgelegte Erklärungsvorschlag arbeitet mit einem systemtheoretisch entwickelten Begriff von moderner Gesellschaft und begreift die Modernisierungsverzögerungen der östlichen Systeme als Folge systemspezifischer Entwicklungshemmungen, die gleichwohl für die Aufrechterhaltung der Systeme erforderlich waren.

II

Einerstes solches Entwicklungshemmnis ist in der Gegenläufigkeit von funktionaler Differenzierung – als einem Merkmal moderner Gesellschaften – und politisch-ideologischer Homogenisierung zu sehen. Obwohl von unten her immer wieder veränderungswillige Kräfte auf die Durchsetzung fachlicher Effizienzgesichtspunkte drängten und damit die Herausbildung von relativ autonomen, nach eigenen Prinzipien operierenden Funktionssystemen wie Wirtschaft, Wissenschaft, Recht, Politik, Kunst beförderten, wurde die Selbständigkeit dieser Funktionssysteme von oben her durch Einsatz politisch-ideologischer Mittel immer wieder eingeschränkt. Die gesamte Gesellschaft wurde auf ein ideologisches Programm verpflichtet, das mit vergleichsweise einfachen Unterscheidungen arbeitete, vor allem mit Kontradiktionen wie progressiv/reaktionär, sozialistisch/kapitalistisch, Freund/Feind, Gleichheit/Ausbeutung usw. und dadurch die Komplexität der gesellschaftlichen Realität verpaßte. Die Verpflichtung einer entwickelten hochdifferenzierten Gesellschaft auf ein mit einfachen Entgegensetzungen operierendes Programm verhinderte die Ausbildung eigenständiger Systemlogiken, preßte die gesellschaftliche Wirklichkeit in ein Organisationsschema und ließ zugleich ein Übermaß an gesellschaftlicher Wirklichkeit unstrukturiert und führte dadurch zu Modernisierungseinbußen in allen Bereichen der Gesellschaft. Gleichzeitig war jedoch die

Systemtransformation als Rationalisierung

Steuerung und Kontrolle der Gesellschaft durch ein einheitliches ideologisches Programm erforderlich, wollte die kommunistische Partei ihren Führungsanspruch durchsetzen. Die Einschränkung der funktionalen Autonomie der einzelnen gesellschaftlichen Teilsysteme, zum Beispiel die politisch induzierte Steuerung der Wirtschaft durch einen zentral vorgegebenen Plan, war notwendig für die Sicherung der Machtverhältnisse. Die Partei mußte das Rationalitätspotential der Gesellschaft reduzieren und nahm die daraus resultierende Chaotisierung der Verhältnisse in Kauf, wollte sie ihre Macht bewahren.

Ein zweites Entwicklungshemmnis lag in der Minimierung der für moderne Gesellschaften charakteristischen Auseinanderziehung der Konstitutionsebenen von Individualität, Interaktion, Organisation und Gesamtgesellschaft. In den osteuropäischen Gesellschaften wurden die Bürger unter einen Anpassungszwang gestellt, der es ihnen verbot, allzuweit von den gesellschaftlichen Erwartungen abzuweichen. Wer mit systemverwalteten Leistungen, sei es Aufstiegsmöglichkeiten, finanziellen Belohnungen, Entscheidungskompetenzen oder sozialen Sicherheiten versorgt werden wollte, mußte diesem Anpassungszwang gehorchen. Der einzelne stellte dem System seine Arbeitskraft zur Verfügung und konnte bei Wohlverhalten mit einem angemessenen Auskommen rechnen. Die Folge dieser Instrumentalisierung des einzelnen durch das System war jedoch, daß der einzelne sich nicht stärker für das System engagierte als es für seinen privaten Vorteil erforderlich war, so daß dem System Kritik- und Innovationskräfte verloren gingen, deren es zu seiner Weiterentwicklung dringend bedurft hätte. Aufgrund der systemspezifischen Instrumentalisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens waren gewissermaßen die Freiräume zu klein gehalten, aus denen heraus Impulse zur Flexibilisierung des Systems hätten kommen können. So verbrauchte die alles verzweckende Vernunft die Substanz, von deren Unabhängigkeit die Möglichkeit ihres Verwertungshandelns abhing. Am Ende waren trotz relativ hoher Arbeitsmoral immer weniger bereit, sich gegen die zwangsläufigen Irrationalitäten des Systems für das Laufen der Produktion übermäßig zu engagieren.

Ein weiteres Entwicklungshemmnis war mit der Geschlossenheit des östlichen Systems gegeben. Aufgrund der Abschottung der osteuropäischen Staaten gegen den Westen fielen nicht nur Möglichkeiten des Austausches, der wechselseitigen Anregung und Konkurrenz weg. Eine wichtige Folge der Abwanderungsblockade bestand auch darin, daß sich die Führung des Systems durch Massenabwanderungen nicht in Frage gestellt sehen mußte, sondern jede Entscheidung notfalls auch unabhängig von den Bedürfnissen der Bevölkerung und gegen ihre Wünsche durchzusetzen vermochte. Da niemand weggehen konnte, mußte sich jeder mit dem System arrangieren. Da aber nirgends Kritik geübt werden konnte, bestand nie die Notwendigkeit, das einmal in Geltung gesetzte ideologische Programm einer Prüfung oder gar Korrektur zu unterziehen. Im Gegenteil. Die politische Führung

konnte nicht nur unabhängig von den Interessen der Mehrheit regieren, sie konnte für ihre Entscheidungen sogar Begeisterung verlangen. So verlor sie immer mehr den Kontakt zur Realität und blieb mit ihren Entscheidungen hoffnungslos hinter den Rationalitätsanforderungen der Wirklichkeit zurück.

Ein viertes Entwicklungshemmnis ergab sich aus der Aufhebung der modernen Prinzipien der Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Jurisdiktion, dem faktischen Einparteiensystem und dem Fehlen einer nicht gesteuerten Öffentlichkeit. Die zentrale Organisation des gesamten politischen Lebens führte nicht nur zu einer umfassenden Entwertung der als künstlich empfundenen gesellschafts-offiziellen Strukturen und Entscheidungen und einer damit einhergehenden Demotivierung politischen Handelns. Entscheidender noch dürfte der dadurch bedingte Ausfall aller Selbstkorrekturmöglichkeiten des Systems gewesen sein.

Faßt man die aufgeführten Entwicklungshemmnisse zusammen, läßt sich sagen, daß das System des administrativen Sozialismus in seiner Aufnahmefähigkeit von gesellschaftlicher Komplexität, in seiner Lernfähigkeit, in seiner Fehlerverarbeitungskapazität eingeschränkt war. Versteht man unter Rationalität aber vor allem das Vermögen, mit steigenden und wechselnden Komplexitätsanforderungen fertig zu werden,⁹ dann muß man die DDR und alle anderen osteuropäischen Staaten als durch Rationalitätsdefizite gekennzeichnete Systeme bezeichnen. An ihrem im Vergleich zum Westen niedrigerem Komplexitätsniveau sind sie schließlich gescheitert. Das aber heißt, daß sie sich in einer überkomplexen Umwelt nur so lange stabil zu halten vermochten, solange sie sich gegen den Westen abgrenzten. Als der Eisernen Vorhang fiel, brachen sie zusammen. Es war die Öffnung der geschlossenen Systeme, die sie unter Komplexitätsanforderungen stellte, denen sie nicht gewachsen waren.

III

Nachdem das kommunistische Herrschaftsregime untergegangen ist, müßten nun die jahrelang unterdrückten Rationalitätspotentiale frei werden und sich ungehindert entfalten können. Mit dem Wegfall der Modernisierungsblockaden müßte ein Prozeß der Rationalisierung einsetzen, wenn es denn zutreffend ist, daß die Wachstumsentwicklung in den Ländern des Ostblocks nur gehemmt und nicht gar nicht intendiert war. Warum aber ist von einer gesellschaftsumgreifenden Rationalisierung in den Ländern des Ostens einschließlich Ostdeutschlands so wenig zu sehen?

Konzentrieren wir uns auf die Verhältnisse in der ehemaligen DDR. Richtig ist, daß die Mehrheit der Betriebe zusammenbricht, daß die Arbeitslosenquote auf über 10 Prozent und der Anteil der Kurzarbeiter auf mehr als 15 Prozent der Erwerbstätigen gestiegen ist, daß die Verunsicherung und Hoffnungslosigkeit vor allem bei

den Arbeitslosen groß ist, daß die Umstellung auf die neuen Lebensverhältnisse für viele eine emotionale und kognitive Überforderung darstellt. Unrichtig ist, daß der Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft und Landwirtschaft vor allem auf den Mangel an Einsatzbereitschaft, auf Arbeitsunwilligkeit und Initiativlosigkeit zurückzuführen ist. Die Arbeitsmotivation unter der ostdeutschen Bevölkerung ist hoch. Auf die Frage, ob die Arbeit ihrem Leben Sinn gebe und sie ohne Arbeit nicht leben können, antworten – und dies nahezu konstant seit Mitte der achtziger Jahre – etwa zwei Drittel der Ostdeutschen mit Ja.¹⁰ Nur 1-2 Prozent geben an, daß Arbeit überflüssig sei. Werden Arbeit und Freizeit gegeneinandergestellt, entscheiden sich mehr Ostdeutsche als Westdeutsche für eine nichthedonistische Einstellung. 75 Prozent der Ostdeutschen, aber nur 55 Prozent der Westdeutschen bejahen die Aussage, daß sie etwas in ihrem Leben leisten wollen, auch wenn es oft schwer und mühsam ist.¹¹ Der Anteil derjenigen, die ihr Leben genießen und sich nicht mehr abmühen wollen als nötig, liegt im Osten bei 21 Prozent, im Westen dagegen doppelt so hoch, bei 42 Prozent. Daß der wirtschaftliche Aufschwung im Osten ausbleibt, hat also nichts oder wenig zu tun mit angeblich fehlendem Leistungswillen, Versorgungsmentalität und Anspruchsdenken seiner Bewohner, sondern ist Ausdruck der Kompliziertheit der Lage, eher noch damit, daß die westdeutschen Manager, Banker, Beamten und Politiker das Leistungsvermögen und Rationalitätspotential im Osten als schwache einschätzen. Das indes muß verwundern, denn bislang zeichnet sich das Verhalten der ostdeutschen Bevölkerung durch ein angesichts der jahrzehntlang erlebten anomischen Zustände überraschend hohes Maß an Rationalität aus.

Schon die Ausreiser, die es im Sommer und Herbst 1989 über Ungarn in die BRD trieb, handelten rational: Was sie zur Flucht motivierte, war vorrangig nicht der Wunsch nach höherem Konsum, sondern der Wunsch, in einem Land mit Zukunft zu leben, in dem es sich lohnt zu arbeiten und in dem man sich für seine Arbeit auch etwas leisten kann, der Wunsch nach geordneten und funktionierenden Verhältnissen. Die Abwanderung hatte also zweckrationale Motive. Aber auch das Handeln der im Lande Bleibenden besaß einen rationalen Charakter, denn sie verhielten sich angesichts der offenkundigen Krise des Systems nicht länger ruhig, sondern nutzten die Situation und gingen auf die Straße. Sie drohten: Wir bleiben hier, und riefen denen, die sich jahrzehntlang als die Repräsentanten des Volkes geriert hatten, zu: Wir sind das Volk. Auf ihren Plakaten war zu lesen: Jetzt geht es nicht mehr um Bananen, sondern um die Wurst. Mit Witz und Selbstbewußtsein entlarvten sie die Lüge des Systems, auf der seine Legitimität beruhte, daß alles zum Wohle des Volkes geschehe. Und damit sie nicht als Randalierer und kriminelle Elemente behandelt werden konnten, trugen sie ihren Protest friedlich vor und sorgten selbst für die Gewaltfreiheit ihrer Demonstrationen. Die Vernunft der Straße war eine emanzipative und strategische Vernunft, der Ausgang aus einer

nicht verschuldeten Unmündigkeit und der erste Schritt auf dem Weg zur kollektiven Selbstbestimmung. Die im Laufe der immer mächtiger werdenden Demonstrationen einsetzende Bereitschaft der Regierung zum Dialog zeigte die DDR-Bürger argumentativ gerüstet. Die Welt sah: Die DDR-Bürger konnten reden und nicht nur sächsisch, sondern deutsch, das heißt unmißverständlich und unbestechlich, einfach und direkt. Der instrumentellen trat die kommunikative Rationalität zur Seite.

Dann kam die Öffnung der Mauer. Auf den Jubel folgte die Ernüchterung, denn die mit dem Fall der Mauer eingetretene Entwertung der eigenen Lebensleistung war ungeheuerlich. Der Ruf nach der Wiedervereinigung war nicht der Ausdruck eines wiedererwachten Nationalismus. Auch wenn rechtsradikale Einstellungen im Osten etwas verbreiteter sind als im Westen, erklärt sich das Streben nach Beitritt zur Bundesrepublik vor allem aus ökonomischen Gründen. Er wurde als die einzige Möglichkeit angesehen, die eigenen wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Der Nationalismus der Ostdeutschen hatte also einen taktischen Charakter¹² und kann insofern nicht als dumpfer Irrationalismus, sondern nur als ökonomisch rational interpretiert werden. Das Wahlverhalten der DDR-Bürger ist vorrangig nicht auf nationalistische Gefühle oder den politischen Eingriff der westdeutschen Parteien zurückzuführen und auch nicht auf Konsumnachholewünsche. Vielmehr handelt es sich bei der „Wende in der Wende“ um eine in der DDR gewachsene Option „für die Übernahme des westlichen Systems, in der sich Rechtsempfinden, ökonomische Rationalität und Unwillen an der Ideologisierung der Gesellschaft ausdrücken“.¹³ Das Wahlverhalten läßt sich durchaus mit dem Erklärungsmodell des Downschen „rationalen Wählers“ rekonstruieren.¹⁴ Der CDU wurde am ehesten wirtschaftliche Kompetenz zugetraut. Von den Bürgerbewegungen dagegen fühlte man sich zur Übernahme neuer Überzeugungen verpflichtet. Nach Jahren der politischen und moralischen Überforderung wollte man die politische Elite wählen und wieder abwählen können, doch mit Politik und gar mit einer moralisch gesteuerten Politik selbst wenig zu tun haben: Die Interessen des Volkes lagen im sozialen und wirtschaftlichen, also privaten Bereich.¹⁵ Auch das zur Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 wiederholte Mehrheitsvotum für die CDU trug rationalen Charakter: Es war eine Entscheidung für den gesamtwirtschaftlichen Aufschwung, selbst wenn man zeitweise mit persönlichen Härten und Belastungen rechnen muß. Und sogar das jetzige Gefühl der Ohnmacht und Hoffnungslosigkeit ist noch rational, denn angesichts der ostdeutschen Kapitalknappheit ist die Lage für Ostdeutsche tatsächlich ausweglos.

Wie man im Westen angesichts des trotz hoher Belastungen über längere Zeit offenkundig rationalen Verhaltens der Ostdeutschen vom Fehlen jeglicher Rationalitätsinteressen sprechen kann, ist nur schwer nachvollziehbar. Während

Systemtransformation als Rationalisierung

im Osten der Kampf um den Erhalt von Betrieben und Arbeitsplätzen, um die Gewinnung von Investitionen und Anschubfinanzierungen, um die Klärung von Eigentumsfragen und den Ausbau der Infrastruktur, um die Modernisierung oder den Abriss bestehender Anlagen usw. geht, hat sich die öffentliche westdeutsche Diskussion im Wesentlichen auf drei Dinge eingeepegelt: Einmal hört man immer wieder, daß nach 40 Jahren SED-Mißwirtschaft der Anschluß an das westliche Lebensniveau nicht so schnell gelingen kann; dann geht an die ostdeutsche Bevölkerung immer wieder der Appell, daß es jetzt darauf ankomme, die Ärmel hochzukrempeln und anzupacken; und schließlich werden die westdeutschen Unternehmer immer wieder dazu aufgerufen zu investieren. Als östlicher Beobachter gewinnt man den Eindruck, daß die westlichen Politiker und Führungseliten aus Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Recht selber nicht so genau wissen, worauf der Erfolg der Marktwirtschaft denn nun beruht, und daß sie die Bedeutung der Privatinitiative und des individuellen Engagements maßlos überschätzen. Diese Überschätzung ist angesichts einer effizienten Wirtschaftsordnung mit ausgebauter Infrastruktur, klaren Eigentums- und Rechtsverhältnissen, abrufbaren Kapitalmitteln, funktionierender Bürokratie, eingespielten Interessenausgleichsmechanismen usw. verständlich. In einer hochkomplexen Gesellschaft kann sich der einzelne auf Entlastungsleistungen seiner Umwelt verlassen und braucht in seinem eng umgrenzten Spezialgebiet nur die eingerichteten Mittel und Wege zu kennen, mit deren Hilfe er diese Leistungen abzurufen vermag. Gerade aufgrund der hochgetriebenen Komplexität der Gesellschaft und der damit zusammenhängenden Überspezialisierung des eigenen Aufgabenbereichs ist jedoch das verfügbare Wissen über Lebensgrundlagen der Gesellschaft äußerst gering. Man kann sagen, im Verhältnis zu dem, was man wissen kann, war es nie so gering wie heute. Daß der Aufschwung im Osten ausbleibt, ist ein Ausdruck der Komplexität der Möglichkeitsberingungen von Modernität, und daß die westliche Wirtschaft sich zurückhält, zeigt an, wie hoch ihre Komplexitätserfassungskapazität ist. Die wirtschaftliche Zurückhaltung ist ökonomisch rational, denn nur wenn die eigenen Entscheidungen so lange wie möglich diffus gehalten werden, kann sich ein System für Möglichkeiten, Wandlungen und unerwartete Komplexitätsanforderungen offenhalten. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Osten machen deutlich, auf welcher hochvoraussetzungsvollen Grundlagen der Erfolg der modernen Gesellschaften beruht, daß funktional differenzierte Gesellschaften nicht programmatisch erneuerbar sind, daß radikale Demokratisierung nur ein Element ihres Funktionierens unter anderen ist, daß eine ausgebaute Infrastruktur, eine entwickelte Verwaltung, klare Rechtsgrundlagen, psychosoziale Bedingungen usw. hinzukommen müssen und daß es nur eine wirtschaftlich gesteuerte Modernisierung gibt oder keine, daß also die kritische Reflexion der Gesellschaft Wirtschaftswachstum zur Voraussetzung hat, aber es nicht zu ersetzen vermag. Insofern bringt der Osten den Westen

wieder zu sich selbst, was reflexiv erarbeitete Neuerungen nicht ausschließt, sondern sie, wie gesagt, gerade erst ermöglicht.

- * Erstveröffentlichung in: Perspektiven des Demokratischen Sozialismus, Marburg, H. 3 (1991).
- 1 K. Schacht, Droht eine Polarisierung der Gesellschaft?, in: die tageszeitung vom 7.1.1991, S. 14.
- 2 C. Offe, Institutioneller Wandel in der vereinigten Bundesrepublik, Vortrag am 26. Mai 1991 im religionssoziologischen Seminar an der Theologischen Fakultät Leipzig.
- 3 R. Inglehart, The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies, in: American Political Science Review 65, 1971, S. 991-1017; H. Klages, Wertorientierungen im Wandel: Rückblick, Gegenwartsanalysen, Prognosen, Frankfurt/M./New York 1984.
- 4 U. Beck, Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986.
- 5 C. Offe, Institutioneller Wandel a.a.O. (Anm. 2).
- 6 W. Zapf, Modernisierung und Modernisierungstheorien, hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 1990, bes. S. 20ff.
- 7 U. Beck, Die Industriegesellschaft schafft sich selber ab, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.10.1990, S. 35.
- 8 Als Beleg für die weite Verbreitung dieser Meinung vgl. SPIEGEL SPEZIAL 1/1991, S. 86f.
- 9 N. Luhmann, Funktionale Methode und Systemtheorie, in: ders., Soziologische Aufklärung 1: Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme, Opladen 1970, S. 31-53, hier S. 47.
- 10 L. Kasek, Die Entwicklung arbeitsbezogener Werte zwischen 1986 und 1990, Leipzig (Ms.) 1990, S. 3.
- 11 SPIEGEL SPEZIAL 1/1991, S. 69.
- 12 C. Offe, Vom taktischen Gebrauchswert nationaler Gefühle, in: Die Zeit vom 14.12.1990.
- 13 E. Neubert, Protestantische Kultur und DDR-Revolution, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 19/1991, S. 21-29, hier S. 27.
- 14 Vgl. D. Roth, in: Politische Vierteljahresschrift 1990.
- 15 O. Kallscheuer, Nachbemerkung und Ausblick, in: Experiment Vereinigung: ein sozialer Großversuch, hrsg. von B. Gießen und C. Leggewie, Berlin 1991, S. 133-141, hier S. 138.